



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Markus Walbrunn AfD**
vom 11.06.2024

Meinungsdelikte in Bayern seit 2019

Im Zuge des Kampfes gegen sogenannte „Hass und Hetze“ im Netz geraten immer mehr Bürger ins Blickfeld der staatlichen Behörden und Justiz. Bei vielen der gemeldeten vermeintlichen Delikte handelt es sich jedoch nicht um strafrechtlich relevante Äußerungen. Meldeplattformen und „Aufklärungskampagnen“ haben offenbar eine besondere Sensibilität innerhalb der Bevölkerung geschaffen.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- | | | |
|-----|--|---|
| 1.1 | Wie viele sogenannte Meinungsdelikte (Beleidigung, Verhetzende Beleidigung, Volksverhetzung u. Ä.) wurden in Bayern seit 2019 angezeigt (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)? | 4 |
| 1.2 | In wie vielen Fällen wurde eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)? | 4 |
| 1.3 | In wie vielen Fällen kam es zur Verurteilung der Tatverdächtigen nach Frage 1.2 (bitte nach Jahr, Deliktart und Art der verhängten Strafe aufschlüsseln)? | 4 |
| 2.1 | Wie viele in Bayern registrierte Anzeigen bezogen sich seit 2019 auf Äußerungen auf Social-Media-Plattformen (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)? | 5 |
| 2.2 | In wie vielen Fällen wurde eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)? | 5 |
| 2.3 | In wie vielen Fällen kam es zur Verurteilung der Tatverdächtigen nach Frage 2.2 (bitte nach Jahr, Deliktart und Art der verhängten Strafe aufschlüsseln)? | 5 |
| 3.1 | Wie viele der in Kooperation mit dem Freistaat Bayern betriebenen Meldestelle REspect! registrierten 60 529 Meldungen (Stand: 03.06.2024) beziehen sich auf tatsächliche oder vermeintliche Delikte von Menschen mit Wohnsitz in Bayern? | 5 |
| 3.2 | Wie viele der laut der Meldestelle REspect! 15 489 (Stand: 03.06.2024) daraus resultierenden Anzeigen wurden in Bayern erstattet (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)? | 5 |

*) Berichtigung wegen Schreibfehler und ähnlicher offenbarer Unrichtigkeiten

3.3	In wie vielen Fällen kam es zur Verurteilung der Tatverdächtigen nach Frage 3.2 (bitte nach Jahr, Deliktart und Art der verhängten Strafe aufschlüsseln)?	6
4.1	Welche finanziellen Mittel werden seitens des Freistaates Bayern der Meldestelle REspect! bereitgestellt (bitte für die jeweiligen Jahre seit Einrichtung der Plattform aufschlüsseln)?	6
4.2	In ggf. welchen weiteren Formen wird die Meldestelle durch den Freistaat unterstützt?	7
4.3	Welche weiteren Meldeportale werden oder wurden vom Freistaat unterstützt (bitte jeweils Art und Höhe der Unterstützung für jedes Jahr angeben)?	7
5.1	Werden bei REspect! zu Unrecht denunzierte Personen, gegen die also keine Strafanzeige erstattet wurde, über ihre Meldung auf der Plattform durch die Meldestelle informiert?	7
5.2	Welche Maßnahmen werden seitens der Meldestelle gegen solche ungerechtfertigten Denunziationen getroffen?	7
5.3	Wie bewertet die Staatsregierung solch ein denunziatorisches Verhalten?	8
6.1	Welche Portale zur Meldung von Meinungsdelikten sind der Staatsregierung über die Meldestelle REspect! hinaus bekannt?	8
6.2	Welche dieser Portale erhalten oder erhielten finanzielle Mittel des Freistaates Bayern (bitte für die jeweiligen Jahre seit der Einrichtung der einzelnen Portale aufschlüsseln)?	8
6.3	Welche Resultate erzielten die Portale nach Frage 6.2 bislang (bitte aufschlüsseln nach eingegangenen Meldungen und daraus resultierenden Strafanzeigen inklusive der angezeigten Deliktart und den jeweiligen Verurteilungen)?	8
7.1	Wie oft wird die spezielle Meldefunktion für Amts- und Mandatsträger bei „Konsequent gegen Hass“ genutzt (bitte nach gemeldeter Deliktart, Jahr, etwaiger Angehörigkeit zur Staatsregierung und Parteizugehörigkeit der meldenden Personen angeben)?	9
7.2	Wie oft nutzen die Medienpartner die spezielle Meldemöglichkeit für Medien und Journalisten bei „Konsequent gegen Hass“ (bitte die Meldungen pro Medium nach Jahr seit 2019 ausweisen)?	9
7.3	Inwiefern sieht die Staatsregierung es als erforderlich an, mit dem Programm „Strong!“ eine nur für LGBTIQ-Themen ausgelegte Meldehilfe zu fördern (bitte auch angeben, welche anderen Gruppen in die Auswahl für eine eigene Meldeplattform zusätzlich zur allgemeinen kamen, aber nicht realisiert wurden, und die Gründe hierfür)?	10
8.1	Auf welche Summe belaufen sich die finanziellen Mittel, die der Freistaat jährlich im Kampf gegen „Hass und Hetze im Netz“ bereitstellt (bitte insgesamt und jährlich seit 2019 aufgeschlüsselt für die einzelnen Maßnahmen angeben)?	10

8.2	Mit welcher Begründung vermeidet die Staatsregierung weiterhin eine Erfassung von Hausdurchsuchungen und ähnlichen Maßnahmen durch die Staatsanwaltschaften in Bayern bzw. von Anträgen zu solchen an die Gerichte z. B. in den Geschäftsstatistiken der Staatsanwaltschaften, in den Geschäftsstatistiken der Gerichte oder im Vorgangsverwaltungssystem der Bayerischen Polizei (IGVP), trotz entsprechenden Anfragen mit Bezug zu Äußerungen in den sozialen Medien (Abgeordneter Ulrich Singer [AfD], Drs. 18/24555 und weitere; bitte auch mit der Angabe von Gründen, die es technisch oder rechtlich verhindern, auf das Erkenntnisinteresse von Abgeordneten und Bürgern einzugehen)?	10
8.3	Wie wird im Freistaat mit der Entscheidung des Landgerichts Meinungen, dass bereits das Liken bestimmter Inhalte eine strafrechtliche Relevanz haben kann, umgegangen (bitte auch für die Praxis der Staatsanwaltschaften und der der Staatsregierung nachgeordneten Behörden u. a. im Sinne disziplinarrechtlicher Auswirkungen angeben)?	11
	Anlage 1	12
	Anlage 2	22
	Hinweise des Landtagsamts	30

Antwort

des Staatsministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hinsichtlich Fragen 1.1, 1.2, 2.1, 2.2, 4.2, 4.3, 6.2, 6.3, 7.3 und 8.2 sowie dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hinsichtlich Fragen 4.1, 4.2, 4.3, 6.2, 6.3 und 7.3

vom 22.07.2024

- 1.1 Wie viele sogenannte Meinungsdelikte (Beleidigung, Verhetzende Beleidigung, Volksverhetzung u. Ä.) wurden in Bayern seit 2019 angezeigt (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?**
- 1.2 In wie vielen Fällen wurde eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?**
- 1.3 In wie vielen Fällen kam es zur Verurteilung der Tatverdächtigen nach Frage 1.2 (bitte nach Jahr, Deliktart und Art der verhängten Strafe aufschlüsseln)?**

Die Fragen 1.1 bis 1.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet.

Die Rechercheergebnisse des Landeskriminalamts (BLKA) beruhen auf dem bundesweit einheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK). Darin enthalten sind die der Bayerischen Polizei bekannt gewordenen und im KPMD-PMK registrierten politisch motivierten Straftaten.

Die Auswertungen wurden mit den finalisierten Datenbankständen der Tatjahre 2019 bis 2023 durchgeführt. Ferner wurde der Datenbestand des ersten Quartals 2024 herangezogen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die endgültigen Fallzahlen 2024 erst nach dem bundesweit einheitlichen Meldeschluss zum 31.01.2025 feststehen. Im laufenden Tatjahr können regelmäßig Änderungen auftreten, weshalb die ausgewiesenen Fallzahlen als vorläufig und noch nicht valide zu betrachten sind.

Für die Recherchen wurden die Themenfelder „Hasskriminalität“ oder „Konfrontation/ Politische Einstellung“, das Untertatmittel „Internet“ und das Angriffsziel „Person“ herangezogen. Die Begrifflichkeit „Meinungsdelikt“ ist im KPMD-PMK nicht definitiv festgelegt. Bezugnehmend auf die Fragestellung wurden daher in Ergänzung der vorstehenden Rechercheparameter die Deliktsbereiche „Nötigung/Bedrohung“, „Propagandadelikte“, „Volksverhetzungen“ und „sonstige Straftaten“ als Rechercheparameter herangezogen.

Eine Unterscheidung im KPMD-PMK dahin gehend, ob Delikte bei der Polizei angezeigt oder der Polizei anderweitig bekannt wurden, ist nicht möglich. Aufgrund des Legalitätsprinzips werden sämtliche der Polizei angezeigten Sachverhalte der im betreffenden Einzelfall zuständigen Staatsanwaltschaft vorgelegt.

Die Beauskunftung der Frage nach der Anzahl der aufgrund der polizeilichen Anzeigen eingeleiteten Ermittlungsverfahren sowie der daraus resultierenden Verurteilungen kann nicht erfolgen. Sie würde aufgrund der Notwendigkeit händischer Recherchen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen. Der Geschäftsbetrieb der betroffenen Staats-

anwaltschaften, deren originäre Aufgabe die Strafverfolgung ist, wäre in einem nicht mehr zumutbaren Maße beeinträchtigt.

Die Rechercheergebnisse, untergliedert nach Phänomenbereichen, Deliktsqualität und Normen, können der anliegenden Tabelle 1 entnommen werden.

- 2.1 Wie viele in Bayern registrierte Anzeigen bezogen sich seit 2019 auf Äußerungen auf Social-Media-Plattformen (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?**
- 2.2 In wie vielen Fällen wurde eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?**
- 2.3 In wie vielen Fällen kam es zur Verurteilung der Tatverdächtigen nach Frage 2.2 (bitte nach Jahr, Deliktart und Art der verhängten Strafe aufschlüsseln)?**

Die Fragen 2.1 bis 2.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Für die Recherchen wurden die Themenfelder „Hasskriminalität“ oder „Konfrontation/ Politische Einstellung“, das Angriffsziel „Person“ und die Untertatmittel „Internet“ und „Soziales Netzwerk“ herangezogen. Eine Einschränkung auf bestimmte Normen erfolgte bei den Recherchen nicht.

Hinsichtlich der Frage 2.2 wird auf die Antwort zu Frage 1.2 betreffend das Legalitätsprinzip verwiesen. Die Beauskunftung der Frage nach der Anzahl der aufgrund der polizeilichen Anzeigen eingeleiteten Ermittlungsverfahren sowie der daraus resultierenden Verurteilungen kann nicht erfolgen. Sie würde aufgrund der Notwendigkeit händischer Recherchen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen. Der Geschäftsbetrieb der betroffenen Staatsanwaltschaften, deren originäre Aufgabe die Strafverfolgung ist, wäre in einem nicht mehr zumutbaren Maße beeinträchtigt.

Die Rechercheergebnisse, untergliedert nach Phänomenbereichen, Deliktsqualität und Normen, können der anliegenden Tabelle 2 entnommen werden.

- 3.1 Wie viele der in Kooperation mit dem Freistaat Bayern betriebenen Meldestelle REspect! registrierten 60 529 Meldungen (Stand: 03.06.2024) beziehen sich auf tatsächliche oder vermeintliche Delikte von Menschen mit Wohnsitz in Bayern?**
- 3.2 Wie viele der laut der Meldestelle REspect! 15 489 (Stand: 03.06.2024) daraus resultierenden Anzeigen wurden in Bayern erstattet (bitte nach Häufigkeit pro Jahr und Deliktart aufschlüsseln)?**

Die Fragen 3.1 und 3.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Die Meldestelle REspect! prüft eingehende Meldungen auf mögliche strafrechtliche Relevanz und leitet diese insoweit an die beim Bundeskriminalamt (BKA) eingerichtete

Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) weiter. Dort wird nach erneuter Prüfung der strafrechtlichen Relevanz der Täterwohnsitz ermittelt und der Vorgang sodann an das örtlich zuständige Landeskriminalamt übermittelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die in der Fragestellung genannten Zahlen zu den bei der Meldestelle REspect! eingegangenen Meldungen sowie zu den durch REspect! erstatteten Strafanzeigen den Gesamtzeitraum der Tätigkeit von REspect! seit 2017 erfassen. Die Kooperation der Staatsregierung mit der Meldestelle REspect! begann dagegen erst am 25.07.2022.

Nach Auskunft der Meldestelle REspect! wurden vom 25.07.2022 bis zum 31.05.2024 insgesamt 1 220 Fälle an die bayerischen Strafverfolgungsbehörden übermittelt (2022: 47 Fälle, 2023: 852 Fälle, 2024: 321 Fälle). Dabei ist zu berücksichtigen, dass noch nicht alle in diesem Zeitraum durch REspect! an die ZMI weitergeleiteten Meldungen dort abschließend bearbeitet sind. Eine Aufschlüsselung nach dem jeweils betroffenen Delikt ist auf Grundlage der bei REspect! vorhandenen statistischen Daten nicht möglich.

Es ist zu beachten, dass diese Fallzahlen zum jeweils von REspect! gewählten Stichtag erhoben wurden und sich aufgrund von Nacherfassungen Änderungen ergeben haben können.

3.3 In wie vielen Fällen kam es zur Verurteilung der Tatverdächtigen nach Frage 3.2 (bitte nach Jahr, Deliktart und Art der verhängten Strafe aufschlüsseln)?

Nach Auskunft der bayerischen Staatsanwaltschaften kam es in 154 der im Zeitraum vom 25.07.2022 bis zum Stichtag 15.06.2024 geführten und auf Meldungen an die Meldestelle REspect! zurückgehenden Strafverfahren zu Verurteilungen (2022: sechs Strafverfahren, 2023: 85 Strafverfahren, 2024: 63 Strafverfahren). In sechs Strafverfahren wurden Freiheitsstrafen verhängt. In vier Strafverfahren wurden Sanktionen nach Jugendstrafrecht verhängt. Im Übrigen wurden durch die Verurteilungen Geldstrafen verhängt.

Eine weitere Aufschlüsselung der Verurteilungen nach der Deliktsart kann nicht erfolgen. Sie würde aufgrund der Notwendigkeit händischer Recherchen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen. Der Geschäftsbetrieb der betroffenen Staatsanwaltschaften, deren originäre Aufgabe die Strafverfolgung ist, wäre in einem nicht mehr zumutbaren Maße beeinträchtigt.

4.1 Welche finanziellen Mittel werden seitens des Freistaates Bayern der Meldestelle REspect! bereitgestellt (bitte für die jeweiligen Jahre seit Einrichtung der Plattform aufschlüsseln)?

Der Freistaat Bayern fördert im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS), dem Staatsministerium der Justiz (StMJ), dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) sowie dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration des Landes Baden-Württemberg und der Jugendstiftung Baden-Württemberg die Meldestelle REspect! seit 2022.

Dabei wurden Landesmittel in folgender Höhe bewilligt:

2022: 30.000 Euro

2023: 120.000 Euro

2024: 120.000 Euro

4.2 In ggf. welchen weiteren Formen wird die Meldestelle durch den Freistaat unterstützt?

Grundlage der Kooperation mit der Meldestelle REspect! ist die in der Antwort zu Frage 4.1 erwähnte Kooperationsvereinbarung. Neben einer finanziellen Förderung der Meldestelle REspect! sieht die Kooperationsvereinbarung u. a. die Bewerbung der Nutzung des Angebots der Meldestelle speziell gegenüber Bürgerinnen und Bürgern aus Bayern vor.

4.3 Welche weiteren Meldeportale werden oder wurden vom Freistaat unterstützt (bitte jeweils Art und Höhe der Unterstützung für jedes Jahr angeben)?

Das StMAS fördert gemäß Nr. 2.2 des LSBTIQ-Förderrahmens (LSBTIQ-FöR) beim Träger sub e. V. das Projekt Strong!, das neben psychosozialer Beratung bei Gewalt und Diskriminierung und allgemeiner Verweisberatung ein bayernweites Meldeverfahren von Hate Speech im Netz gegen LSBTIQ-Personen durchführt.

Das Meldeverfahren bietet die erforderliche Unterstützung, Information und Beratung für alle lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen und queeren Menschen, insbesondere wenn diese Opfer von Hate Speech im Netz werden.

Das StMAS fördert zudem die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern). Dort können – allerdings nicht auf Hate Speech beschränkt – antisemitische Vorfälle gemeldet werden. Im Oktober 2021 wurde in Kooperation mit RIAS Bayern durch das StMJ ein Onlinemeldeverfahren ins Leben gerufen. RIAS Bayern kann – sofern es von der oder dem Betroffenen gewünscht ist – dort bekannt gewordene antisemitische Straftaten mittels Prüfbitte an den Zentralen Antisemitismusbeauftragten der bayerischen Justiz melden. Auf diese Weise können Betroffene Anzeigen und Prüfbitten wegen antisemitischer Hate Speech schnell und einfach online an die Justiz übermitteln.

Weitere auf die Meldung von digitalem Hass und Hetze spezialisierte Meldeportale werden weder durch das StMAS, das StMI noch das StMJ unterstützt.

5.1 Werden bei REspect! zu Unrecht denunzierte Personen, gegen die also keine Strafanzeige erstattet wurde, über ihre Meldung auf der Plattform durch die Meldestelle informiert?

5.2 Welche Maßnahmen werden seitens der Meldestelle gegen solche ungerechtfertigten Denunziationen getroffen?

5.3 Wie bewertet die Staatsregierung solch ein denunziatorisches Verhalten?

Die Fragen 5.1 bis 5.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Sämtliche Meldungen werden durch die Meldestelle REspect! zunächst eingehend auf mögliche strafrechtliche Relevanz und Rechtsverstöße geprüft.

Auch sofern eine Meldung von REspect! nicht als strafrechtlich relevant bewertet wird, erhält der Absender eine entsprechende Benachrichtigung, in der auch auf einschlägige Beratungs- und Unterstützungsangebote hingewiesen wird. REspect! führt in diesen Fällen weder Täterermittlungen noch Kontaktaufnahmen durch.

6.1 Welche Portale zur Meldung von Meinungsdelikten sind der Staatsregierung über die Meldestelle REspect! hinaus bekannt?

6.2 Welche dieser Portale erhalten oder erhielten finanzielle Mittel des Freistaates Bayern (bitte für die jeweiligen Jahre seit der Einrichtung der einzelnen Portale aufschlüsseln)?

6.3 Welche Resultate erzielten die Portale nach Frage 6.2 bislang (bitte aufschlüsseln nach eingegangenen Meldungen und daraus resultierenden Strafanzeigen inklusive der angezeigten Deliktart und den jeweiligen Verurteilungen)?

Die Fragen 6.1 bis 6.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Angebote, die auf die Onlinemeldung von digitalem Hass und Hetze ausgerichtet sind, existieren in verschiedenen Bundesländern (z. B. www.hessengegenhetze.de¹ oder www.hassanzeigen.de).

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4.3 Bezug genommen. Ergänzend können zum Meldeverfahren der Fachstelle Strong! folgende Angaben gemacht werden:

Die Fachstelle Strong! wird vom StMAS seit 2019 bayernweit (ohne Landeshauptstadt München) gefördert. Das Meldeverfahren wurde 2023 zu den bestehenden Aufgaben in die bestehende Projektförderung aufgenommen. Auf die Antwort zu Frage 4.3 wird verwiesen. Für die Fachstelle Strong! wurden insgesamt Zuwendungen von 69.000,00 Euro für 2023 und 69.100,09 Euro für 2024 bewilligt. Über das Meldeverfahren sind nach Auskunft des bei der Generalstaatsanwaltschaft München, Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET), angesiedelten Hate Speech-Beauftragten der bayerischen Justiz (Hate Speech-Beauftragter) dort im Jahr 2023 drei Prüfbitten eingegangen. Im Jahr 2024 gingen bis zum 15.06.2024 35 Prüfbitten ein. Beim Hate Speech-Beauftragten ist dazu jeweils als führender Tatvorwurf registriert:

- Beleidigung in 3 Fällen
- Volksverhetzung in 35 Fällen.

1 <https://hessengegenhetze.de/hate-speech-und-extremismus-melden>

7.1 Wie oft wird die spezielle Meldfunktion für Amts- und Mandatsträger bei „Konsequent gegen Hass“ genutzt (bitte nach gemeldeter Deliktart, Jahr, etwaiger Angehörigkeit zur Staatsregierung und Parteizugehörigkeit der meldenden Personen angeben)?

Im Rahmen des Onlinemeldeverfahrens für kommunale Amts- und Mandatsträger „Konsequent gegen Hass“ sind nach Auskunft des Hate Speech-Beauftragten dort seit dem 11.09.2020 bis zum 15.06.2024 insgesamt 203 Prüfbitten eingegangen (davon vier in 2024, 33 in 2023, 34 in 2022, 120 in 2021 und 12 in 2020). Beim Hate Speech-Beauftragten ist dazu jeweils als führender Tatvorwurf registriert:

- Bedrohung in 14 Fällen,
- Beleidigungsdelikte nach §§ 185 ff Strafgesetzbuch in 167 Fällen,
- Billigung von Straftaten in sechs Fällen,
- Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten in einem Fall,
- Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in zwei Fällen,
- Vergehen nach § 33 Kunsturhebergesetz in zwei Fällen und
- Volksverhetzung in sechs Fällen.

Hinsichtlich der verbleibenden Prüfbitten und der weiteren abgefragten Parameter besteht keine automatisierte Recherchemöglichkeit. Die Beauskunftung der Frage würde deswegen aufgrund der Notwendigkeit händischer Recherchen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen. Der Geschäftsbetrieb der betroffenen Staatsanwaltschaften, deren originäre Aufgabe die Strafverfolgung ist, wäre in einem nicht mehr zumutbaren Maße beeinträchtigt.

7.2 Wie oft nutzen die Medienpartner die spezielle Meldemöglichkeit für Medien und Journalisten bei „Konsequent gegen Hass“ (bitte die Meldungen pro Medium nach Jahr seit 2019 ausweisen)?

Im Rahmen der Initiative „Justiz und Medien – Konsequent gegen Hass“ sind nach Auskunft des Hate Speech-Beauftragten dort seit dem Start der Initiative am 21.10.2019 bis zum 15.06.2024 insgesamt 1 151 Prüfbitten eingegangen (davon acht in 2019, 155 in 2020, 201 in 2021, 257 in 2022, 391 in 2023 und 139 in 2024).

Hinsichtlich des von den jeweiligen Prüfbitten betroffenen Mediums besteht keine automatisierte Recherchemöglichkeit. Die Beauskunftung der Frage würde deswegen aufgrund der Notwendigkeit händischer Recherchen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften zu einem erheblichen und nicht vertretbaren zeitlichen und personellen Aufwand führen. Der Geschäftsbetrieb der betroffenen Staatsanwaltschaften, deren originäre Aufgabe die Strafverfolgung ist, wäre in einem nicht mehr zumutbaren Maße beeinträchtigt.

7.3 Inwiefern sieht die Staatsregierung es als erforderlich an, mit dem Programm „Strong!“ eine nur für LGBTIQ-Themen ausgelegte Meldehilfe zu fördern (bitte auch angeben, welche anderen Gruppen in die Auswahl für eine eigene Meldeplattform zusätzlich zur allgemeinen kamen, aber nicht realisiert wurden, und die Gründe hierfür)?

Die Staatsregierung prüft fortlaufend zusätzliche Möglichkeiten zur weiteren Optimierung der ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz. Ein Überblick über die existierenden Angebote findet sich unter www.bayern-gegen-hass.de.

In Bayern wurde gemäß KPMD-PMK bei den LSBTIQ-feindlichen Straftaten ein Anstieg der Fallzahlen im Jahr 2023 gegenüber dem Jahr 2019 um ca. 555 Prozent registriert. Ganz grundsätzlich gilt, dass die Aufhellung von Dunkelfeldern in allen Kriminalitätsbereichen, auch in Bezug auf LSBTIQ-feindliche Straftaten, ein polizeiliches Bestreben ist. Ziel ist dabei, eine höhere Bereitschaft zur Anzeigeerstattung der von solchen Straftaten betroffenen Personen zu erwirken. Hierzu soll u. a. die in Frage 4.3 erwähnte Förderung dienen.

8.1 Auf welche Summe belaufen sich die finanziellen Mittel, die der Freistaat jährlich im Kampf gegen „Hass und Hetze im Netz“ bereitstellt (bitte insgesamt und jährlich seit 2019 aufgeschlüsselt für die einzelnen Maßnahmen angeben)?

Die Bekämpfung von digitalem Hass und Hetze ist eine Querschnittsaufgabe, an deren Erfüllung ressortübergreifend eine Vielzahl von Maßnahmen der Staatsregierung u. a. aus den Bereichen Prävention, Strafverfolgung und Demokratieförderung mitwirken. Die Angabe eines Gesamtbetrages der dafür aufgewendeten Mittel ist daher nicht möglich.

8.2 Mit welcher Begründung vermeidet die Staatsregierung weiterhin eine Erfassung von Hausdurchsuchungen und ähnlichen Maßnahmen durch die Staatsanwaltschaften in Bayern bzw. von Anträgen zu solchen an die Gerichte z. B. in den Geschäftsstatistiken der Staatsanwaltschaften, in den Geschäftsstatistiken der Gerichte oder im Vorgangsverwaltungssystem der Bayerischen Polizei (IGVP), trotz entsprechenden Anfragen mit Bezug zu Äußerungen in den sozialen Medien (Abgeordneter Ulrich Singer [AfD], Drs. 18/24555 und weitere; bitte auch mit der Angabe von Gründen, die es technisch oder rechtlich verhindern, auf das Erkenntnisinteresse von Abgeordneten und Bürgern einzugehen)?

Weder in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) noch dem KPMD-PMK, die nach bundesweit einheitlichen Kriterien geführt werden, werden Maßnahmen und insofern „Hausdurchsuchungen“ erfasst. Jedoch existieren im KPMD-PMK die Rechercheparameter „Hassposting“, „Soziales Netzwerk“ und „Direktnachricht“ als Untertatmittel.

Die PKS enthält die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten zum Zeitpunkt der Abgabe an die Staatsanwaltschaft. Mittels PKS-basierter Daten können nach Abschluss eines Berichtsjahres belastbare Aussagen zur Kriminalitätsentwicklung im jeweiligen Jahr getroffen werden. Die PKS ist eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte unter Beschränkung auf ihre erfassbaren wesentlichen Inhalte. Sie soll im Interesse einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung zu einem überschaubaren und möglichst verzerrungsfreien Bild der angezeigten Kriminalität führen. Bei der PKS handelt es sich um eine koordinierte Länderstatistik

mit bundesweit einheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“ und der Möglichkeit für die einzelnen Bundesländer, Zusatzdaten zu erheben und auszuwerten. Als (bis heute unverändert gültige) Aufgaben und Bedeutung der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden festgelegt:

- Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktsarten, des Umfangs und der Zusammensetzung des Tatverdächtigenkreises sowie der Veränderung von Kriminalitätsquotienten;
- Erlangung von Erkenntnissen für vorbeugende und verfolgende Verbrechensbekämpfung, organisatorische Planung und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschung und kriminalpolitische Maßnahmen.

Der KPMD-PMK gewährleistet eine bundeseinheitliche und systematische Erhebung der gesamten Daten zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) im Bundesgebiet und im Ausland, soweit hierzu in Deutschland ein Ermittlungsverfahren geführt wird. Dadurch wird eine verlässliche Datenbasis, u. a. für die Auswertung, statistische Aussagen, kriminalpolitische Entscheidungen sowie insbesondere zum Zwecke der Prävention und Repression geschaffen.

Im Vorgangsverwaltungssystem der Bayerischen Polizei (IGVP) existiert aufgrund des damit verbundenen polizeifachlichen Bedarfs für die Erfassung von Maßnahmen ein entsprechendes Datenfeld, das u. a. auch den Katalogwert „Durchsuchung Wohnung“ als Maßnahme enthält. Allerdings handelt es sich beim IGVP um eine Anwendung, die vordergründig der polizeiinternen Vorgangsverwaltung und -bearbeitung dient. Der Datenbestand des IGVP wird daher – neben den vorstehend genannten Gründen – grundsätzlich nicht für die Beantwortung externer Anfragen herangezogen, zumal die im IGVP enthaltenen Datenbestände beispielsweise durch Aktualisierungen, Nacherfassungen und Korrekturen einer stetigen Fortschreibung bzw. Aktualisierung unterliegen und eine valide Beauskunftung auf der Grundlage des IGVP insofern nicht möglich ist.

Ein sich im Sinne der Fragestellung ergebender fachlicher Bedarf hinsichtlich einer Erweiterung des KPMD-PMK sowie der PKS um „Maßnahmen“ besteht insofern nicht.

Das Gleiche gilt für die Justizgeschäftsstatistiken der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die nach bundeseinheitlichen Kriterien erstellt werden. Diese dienen der Auswertung abgeschlossener Verfahren. Die Auswertung von im Rahmen eines Ermittlungs- bzw. Strafverfahrens durchgeführten Ermittlungsmaßnahmen ist dagegen nicht Ziel der Justizgeschäftsstatistiken. Ein fachlicher Bedarf, auch solche Maßnahmen statistisch zu erfassen, wird nicht gesehen.

8.3 Wie wird im Freistaat mit der Entscheidung des Landgerichts Meinungen, dass bereits das Liken bestimmter Inhalte eine strafrechtliche Relevanz haben kann, umgegangen (bitte auch für die Praxis der Staatsanwaltschaften und der der Staatsregierung nachgeordneten Behörden u. a. im Sinne disziplinarrechtlicher Auswirkungen angeben)?

Nach § 152 Abs. 2 Strafprozessordnung ist die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten verpflichtet, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für die Begehung von Straftaten vorliegen. Dabei haben die Staatsanwaltschaft und die in ihrem Auftrag tätigen Behörden den konkreten Sachverhalt unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände des Einzelfalls und unter allen rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen. Die Frage nach der rechtlichen Einordnung des „Likens“ bestimmter Onlineinhalte lässt sich daher nur für den konkreten Einzelfall beantworten.

Anlage 1

2019	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	5
Politisch motivierte Kriminalität	5
Bedrohung	1
Beleidigung	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Verleumdung	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -links-	25
Politisch motivierte Kriminalität	25
Bedrohung	4
Beleidigung	7
Falsche Verdächtigung	1
Üble Nachrede	2
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	3
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verleumdung	3
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	2
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	69
Politisch motivierte Kriminalität	69
Androhung von Straftaten	2
Ausspähen von Daten	2
Bedrohung	8
Beleidigung	31
Fälschung beweisbarer Daten	1
Nötigung	2
Öffentliche Aufforderung von Straftaten	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	3
Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke	2
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	2
Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen	1
Verleumdung	8
Verunglimpfung Verstorbener	1
Volksverhetzung	4
Zuwiderhandlung als Veranstalter oder Leiter gegen Beschränkung/Auflage	1
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	196
Politisch motivierte Kriminalität	196
Androhung von Straftaten	6
Bedrohung	18
Beleidigung	24

2019	Anzahl
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Beschimpfung von Bekenntnissen	1
Falsche Verdächtigung	1
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung von Straftaten	3
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verleumdung	3
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	9
Volksverhetzung	125
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	3
Politisch motivierte Kriminalität	3
Bedrohung	1
Beleidigung	1
Verleumdung	1
Gesamtergebnis	298

2020	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	7
Politisch motivierte Kriminalität	7
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	2
Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen	1
Verleumdung	2
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -links-	62
Politisch motivierte Kriminalität	62
Androhung von Straftaten	1
Ausspähen von Daten	1
Bedrohung	6
Beleidigung	28
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Fälschung beweisheblicher Daten	1
KunstUrhG	3
Mitführen, herstellen, besitzen einer Waffe	1
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2
Politische Verdächtigung	1
sonstige Straftaten	2
Üble Nachrede	5
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verleumdung	5
Verwenden von Kennzeichen	1

2020	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	429
Politisch motivierte Kriminalität	429
Androhung von Straftaten	4
Anleitung zu Straftaten	1
Ausspähen von Daten	1
Bedrohung	38
Beleidigung	285
Belohnung/Billigung von Straftaten	2
Einwirkung auf Sicherheitsorgane	1
Falsche Verdächtigung	1
Fälschung beweisereheblicher Daten	3
KunstUrhG	3
Nötigung	16
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	20
sonstige Straftaten	1
Üble Nachrede	3
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	12
Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke	1
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	3
Verleumdung	11
Verunglimpfung des Bundespräsidenten	1
Verunglimpfung des Staates	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	4
Verwenden von Kennzeichen	2
Volksverhetzung	15
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	466
Politisch motivierte Kriminalität	466
Androhung von Straftaten	5
Bedrohung	22
Beleidigung	51
Belohnung/Billigung von Straftaten	2
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	13
Überlassen von Schriften (etc.)	1
Üble Nachrede	2
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Verbreiten von Propagandamitteln	1
Verleumdung	6
Verunglimpfung des Staates	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	26
Volksverhetzung	332

2020	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	9
Politisch motivierte Kriminalität	9
Bedrohung	4
Beleidigung	1
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Computersabotage	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Volksverhetzung	1
Gesamtergebnis	973

2021	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	14
Politisch motivierte Kriminalität	14
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	2
Beleidigung	1
Nötigung	2
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Verleumdung	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -links-	32
Politisch motivierte Kriminalität	32
Bedrohung	6
Beleidigung	8
Computersabotage	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	3
Üble Nachrede	5
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Verbreiten von Propagandamitteln	1
Verletzung von Privatgeheimnissen	1
Verleumdung	2
Verwenden von Kennzeichen	1
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	1162
Politisch motivierte Kriminalität	1162
Androhung von Straftaten	13
Bedrohung	71
Beleidigung	799
Belohnung/Billigung von Straftaten	15
Betrug	1
Einwirkung auf Sicherheitsorgane	2
Falsche Verdächtigung	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1

2021	Anzahl
Hausfriedensbruch	1
KunstUrhG	3
Nachstellung	2
Nötigung	36
Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	50
Üble Nachrede	13
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	38
Verhetzende Beleidigung	1
Verletzung der Fürsorge oder Erziehungspflicht	1
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	20
Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen	1
Verleumdung	26
Verunglimpfung des Bundespräsidenten	3
Verunglimpfung des Staates	5
Verunglimpfung Verstorbener	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	6
Volksverhetzung	50
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	397
Politisch motivierte Kriminalität	395
Androhung von Straftaten	3
Bedrohung	6
Beleidigung	38
Belohnung/Billigung von Straftaten	4
Falsche Verdächtigung	1
Nötigung	3
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	5
Üble Nachrede	1
Verhetzende Beleidigung	1
Verleumdung	4
Verunglimpfung des Staates	1
Verwenden von Kennzeichen	26
Volksverhetzung	302
Terrorismus	2
Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat	2
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	10
Politisch motivierte Kriminalität	10
Beleidigung	1
Mitführen, herstellen, besitzen einer Waffe	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verwenden von Kennzeichen	2
Volksverhetzung	5
Gesamtergebnis	1615

2022	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	34
Politisch motivierte Kriminalität	34
Androhung von Straftaten	2
Bedrohung	6
Beleidigung	5
Belohnung/Billigung von Straftaten	3
Nötigung	3
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verleumdung	5
Volksverhetzung	9
Politisch motivierte Kriminalität -links-	11
Politisch motivierte Kriminalität	11
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	1
Beleidigung	3
Falsche Verdächtigung	1
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verleumdung	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	747
Politisch motivierte Kriminalität	747
Abhörverbot	1
Androhung von Straftaten	15
Bedrohung	55
Beleidigung	218
Belohnung/Billigung von Straftaten	111
Falsche Verdächtigung	1
Fälschung beweisbarer Daten	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	2
KunstUrhG	5
Missbrauch von Titeln	2
Nachstellung	1
Nötigung	13
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	51
Üble Nachrede	6
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	104
Verbreiten von Propagandamitteln	1
Verhetzende Beleidigung	15
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	16
Verleumdung	34
Verunglimpfung des Bundespräsidenten	1
Verunglimpfung des Staates	1

2022	Anzahl
Verunglimpfung Verstorbenen	2
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	2
Verwenden von Kennzeichen	12
Volksverhetzung	77
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	261
Politisch motivierte Kriminalität	261
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	6
Beleidigung	12
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Beschimpfung von Bekenntnissen	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	2
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	7
Verhetzende Beleidigung	8
Verwenden von Kennzeichen	14
Volksverhetzung	205
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	4
Politisch motivierte Kriminalität	3
Nötigung	1
Volksverhetzung	2
Terrorismus	1
Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat	1
Gesamtergebnis	1057

2023	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	65
Politisch motivierte Kriminalität	65
Androhung von Straftaten	8
Bedrohung	11
Beleidigung	7
Belohnung/Billigung von Straftaten	2
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede	1
Verherrlichung von Gewalt	1
Verhetzende Beleidigung	3
Verleumdung	1
Verwenden von Kennzeichen	7
Volksverhetzung	23
Politisch motivierte Kriminalität -links-	40
Politisch motivierte Kriminalität	40
Bedrohung	4
Beleidigung	9
Belohnung/Billigung von Straftaten	1

2023	Anzahl
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	2
Nötigung	2
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	11
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verleumdung	2
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	2
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	518
Politisch motivierte Kriminalität	518
Androhung von Straftaten	3
Anleitung zu Straftaten	1
Bedrohung	3
Beleidigung	35
Belohnung/Billigung von Straftaten	12
Beschimpfung von Bekenntnissen	2
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
KunstUrhG	1
Nichtanzeigen geplanter Straftaten	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	5
Üble Nachrede	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	5
Verbreiten von Propagandamitteln	2
Verhetzende Beleidigung	10
Verunglimpfung des Staates	1
Verwenden von Kennzeichen	46
Volksverhetzung	389
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	64
Politisch motivierte Kriminalität	64
Androhung von Straftaten	15
Bedrohung	6
Beleidigung	2
Belohnung/Billigung von Straftaten	7
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verbreiten von Propagandamitteln	2
Verhetzende Beleidigung	1
Verwenden von Kennzeichen	10
Volksverhetzung	20
Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	899
Politisch motivierte Kriminalität	899
Androhung von Straftaten	10
Bedrohung	28
Beleidigung	214
Belohnung/Billigung von Straftaten	76

2023	Anzahl
Beschimpfung von Bekenntnissen	2
Datenveränderung	1
Diebstahl	1
Fälschung beweisrelevanter Daten	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	5
Kontaktverbot	1
KunstUrhG	3
Nötigung	7
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	42
Üble Nachrede	6
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	318
Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen	2
Verhetzende Beleidigung	5
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	7
Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen	3
Verleumdung	14
Verunglimpfung des Staates	2
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	28
Volksverhetzung	122
Gesamtergebnis	1586

1. Quartal 2024	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	13
politisch motivierte Kriminalität	13
Beleidigung	1
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Beschimpfung von Bekenntnissen	1
Verleumdung	1
Verwenden von Kennzeichen	3
Volksverhetzung	6
Politisch motivierte Kriminalität -links-	5
politisch motivierte Kriminalität	4
Beleidigung	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Verleumdung	1
Politisch motivierte Kriminalität	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	39
politisch motivierte Kriminalität	39
Beleidigung	1
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1

1. Quartal 2024	Anzahl
Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke	1
Verbreiten von Propagandamitteln	1
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verwenden von Kennzeichen	5
Volksverhetzung	28
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	16
politisch motivierte Kriminalität	16
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	2
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Verwenden von Kennzeichen	9
Volksverhetzung	3
Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	91
politisch motivierte Kriminalität	91
Androhung von Straftaten	3
Bedrohung	3
Beleidigung	35
Belohnung/Billigung von Straftaten	3
Fälschung beweisrelevanter Daten	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	18
Verleumdung	2
Verwenden von Kennzeichen	9
Volksverhetzung	15
Gesamtergebnis	164

Anlage 2

2019	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	5
Politisch motivierte Kriminalität	5
Bedrohung	1
Beleidigung	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Verleumdung	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -links-	12
Politisch motivierte Kriminalität	12
Beleidigung	4
Falsche Verdächtigung	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	3
Verleumdung	2
Volksverhetzung	2
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	38
Politisch motivierte Kriminalität	38
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	2
Beleidigung	17
Fälschung beweisheblicher Daten	1
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung von Straftaten	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke	2
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	2
Verleumdung	5
Volksverhetzung	3
Zuwerhandlung als Veranstalter oder Leiter gegen Beschränkung/Auflage	1
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	122
Politisch motivierte Kriminalität	122
Androhung von Straftaten	3
Bedrohung	8
Beleidigung	14
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung von Straftaten	1
Verleumdung	1
Verwenden von Kennzeichen	9
Volksverhetzung	85
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	2
Politisch motivierte Kriminalität	2
Bedrohung	1
Verleumdung	1
Gesamtergebnis	179

2020	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	4
Politisch motivierte Kriminalität	4
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	1
Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -links-	35
Politisch motivierte Kriminalität	35
Bedrohung	2
Beleidigung	21
Fälschung beweisheblicher Daten	1
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede	3
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verleumdung	4
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	291
Politisch motivierte Kriminalität	291
Androhung von Straftaten	2
Anleitung zu Straftaten	1
Ausspähen von Daten	1
Bedrohung	17
Beleidigung	215
Fälschung beweisheblicher Daten	3
KunstUrhG	3
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	18
sonstige Straftaten	1
Üble Nachrede	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	7
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	2
Verleumdung	5
Verunglimpfung des Bundespräsidenten	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	4
Verwenden von Kennzeichen	2
Volksverhetzung	8
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	204
Politisch motivierte Kriminalität	204
Androhung von Straftaten	3
Bedrohung	8
Beleidigung	23
Belohnung/Billigung von Straftaten	2
Bildung krimineller Vereinigungen	1
KunstUrhG	1

2020	Anzahl
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	12
Üble Nachrede	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Verleumdung	5
Verunglimpfung des Staates	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	7
Volksverhetzung	138
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	8
Politisch motivierte Kriminalität	8
Bedrohung	4
Beleidigung	1
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Computersabotage	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Gesamtergebnis	542

2021	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	11
Politisch motivierte Kriminalität	11
Androhung von Straftaten	1
Beleidigung	1
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Verleumdung	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -links-	17
Politisch motivierte Kriminalität	17
Bedrohung	1
Beleidigung	6
Computersabotage	1
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	2
Üble Nachrede	2
Verbreiten von Propagandamitteln	1
Verleumdung	2
Verwenden von Kennzeichen	1
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	424
Politisch motivierte Kriminalität	424
Androhung von Straftaten	9
Bedrohung	13
Beleidigung	270
Belohnung/Billigung von Straftaten	13

2021	Anzahl
Einwirkung auf Sicherheitsorgane	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
Hausfriedensbruch	1
KunstUrhG	1
Nötigung von Mitgliedern eines Verfassungsorgans	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	34
Üble Nachrede	9
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	19
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	9
Verleumdung	9
Verunglimpfung des Bundespräsidenten	2
Verunglimpfung des Staates	1
Verunglimpfung Verstorbener	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	5
Volksverhetzung	24
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	150
Politisch motivierte Kriminalität	150
Androhung von Straftaten	2
Bedrohung	4
Beleidigung	16
Belohnung/Billigung von Straftaten	3
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	5
Verleumdung	2
Verwenden von Kennzeichen	10
Volksverhetzung	107
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	6
Politisch motivierte Kriminalität	6
Mitführen, herstellen, besitzen einer Waffe	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verwenden von Kennzeichen	2
Volksverhetzung	2
Gesamtergebnis	608

2022	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	15
Politisch motivierte Kriminalität	15
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	3
Beleidigung	3
Belohnung/Billigung von Straftaten	2
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verleumdung	1

2022	Anzahl
Volksverhetzung	3
Politisch motivierte Kriminalität -links-	8
Politisch motivierte Kriminalität	8
Androhung von Straftaten	1
Beleidigung	3
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	1
Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-	393
Politisch motivierte Gewaltkriminalität	1
Erpressung	1
Politisch motivierte Kriminalität	392
Androhung von Straftaten	4
Bedrohung	19
Beleidigung	59
Belohnung/Billigung von Straftaten	98
KunstUrhG	4
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	44
Üble Nachrede	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	60
Verhetzende Beleidigung	7
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	11
Verleumdung	15
Verunglimpfung des Bundespräsidenten	1
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	9
Volksverhetzung	55
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	120
Politisch motivierte Kriminalität	120
Bedrohung	2
Beleidigung	5
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Beschimpfung von Bekenntnissen	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	5
Verhetzende Beleidigung	3
Verwenden von Kennzeichen	5
Volksverhetzung	97
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	2
Politisch motivierte Kriminalität	2
Volksverhetzung	2
Gesamtergebnis	538

2023	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	36
Politisch motivierte Kriminalität	36
Bedrohung	5
Beleidigung	4
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Verhetzende Beleidigung	1
Verwenden von Kennzeichen	4
Volksverhetzung	21
Politisch motivierte Kriminalität -links-	26
Politisch motivierte Kriminalität	26
Bedrohung	2
Beleidigung	7
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede	3
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	7
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verwenden von Kennzeichen	1
Volksverhetzung	2
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	378
Politisch motivierte Kriminalität	378
Androhung von Straftaten	2
Bedrohung	2
Beleidigung	21
Belohnung/Billigung von Straftaten	12
Beschimpfung von Bekenntnissen	2
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
KunstUrhG	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	2
Verhetzende Beleidigung	5
Verunglimpfung des Staates	1
Verwenden von Kennzeichen	22
Volksverhetzung	303
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	45
Politisch motivierte Kriminalität	45
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	3
Beleidigung	1
Belohnung/Billigung von Straftaten	7
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Verbreiten von Propagandamitteln	2
Verwenden von Kennzeichen	10
Volksverhetzung	20

2023	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	656
Politisch motivierte Kriminalität	656
Androhung von Straftaten	4
Bedrohung	11
Beleidigung	101
Belohnung/Billigung von Straftaten	71
Beschimpfung von Bekenntnissen	2
Datenveränderung	1
Diebstahl	1
Fälschung beweisheblicher Daten	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	3
Kontaktverbot	1
KunstUrhG	3
Nötigung	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	41
Üble Nachrede	4
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	259
Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen	2
Verhetzende Beleidigung	1
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	5
Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen	3
Verleumdung	10
Verunglimpfung des Staates	2
Verunglimpfung von Verfassungsorganen	1
Verwenden von Kennzeichen	24
Volksverhetzung	104
Gesamtergebnis	1141

1. Quartal 2024	Anzahl
Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-	12
Politisch motivierte Kriminalität	12
Beleidigung	1
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Beschimpfung von Bekenntnissen	1
Verleumdung	1
Verwenden von Kennzeichen	3
Volksverhetzung	5
Politisch motivierte Kriminalität -links-	3
Politisch motivierte Kriminalität	3
Beleidigung	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten	1
Politisch motivierte Kriminalität -rechts-	25
Politisch motivierte Kriminalität	25
Belohnung/Billigung von Straftaten	1

1. Quartal 2024	Anzahl
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	1
Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke	1
Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	1
Verwenden von Kennzeichen	3
Volksverhetzung	18
Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-	14
Politisch motivierte Kriminalität	14
Androhung von Straftaten	1
Bedrohung	2
Belohnung/Billigung von Straftaten	1
Verwenden von Kennzeichen	8
Volksverhetzung	2
Politisch motivierte Kriminalität -sonstige Zuordnung-	43
Politisch motivierte Kriminalität	43
Androhung von Straftaten	1
Beleidigung	5
Belohnung/Billigung von Straftaten	3
Fälschung beweisrelevanter Daten	1
Öffentliche Aufforderung zu Straftaten	1
Üble Nachrede/Verleumdung von Politiker	9
Verleumdung	2
Verwenden von Kennzeichen	9
Volksverhetzung	12
Gesamtergebnis	97

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.